

Satzung des Musikvereins Zunsweier e.V.

A. Allgemeines

1. Name und Sitz

- (1) Der Verein führt den Namen Musikverein Zunsweier. Er führt nach Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „**eingetragener Verein**“ in der abgekürzten Form „**e.V.**“
- (2) Der Verein ist im Vereinsregister beim Amtsgericht Offenburg unter der Nummer : **VR 457** eingetragen.
- (3) Der Verein hat seinen Sitz in Offenburg-Zunsweier.

2. Zweck des Vereins

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Vereins ist die Förderung des kulturellen Lebens der Stadt Offenburg Ortsteil Zunsweier, die Pflege der Musik.
- (3) Der Satzungszweck wird insbesondere durch die Bildung und Unterhaltung einer Blasmusikkapelle mit ehrenamtlich tätigen Musikern verwirklicht.

Verein und Kapelle erfüllen Ihre Aufgaben durch Abhalten von Musikstunden und Musikveranstaltungen, durch Teilnahmen und Mitgestaltung an örtlichen und überörtlichen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen.

3. Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

4. Verwendung der Mittel

- (1) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

5. Aufwandsentschädigung

- (1) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (2) Soweit dem einzelnen Mitglied, insbesondere dem Orchestervorstand und dem aktiven Musiker, in Ausübung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit Aufwendungen entstehen, die dem Satzungszweck dienen, können diese dem Mitglied ersetzt werden.
- (3) Um Unregelmäßigkeiten zu vermeiden, wird der Vorstand angehalten, eine Verordnung über die Aufwandsentschädigungen zu erlassen.
- (4) Die Mitglieder haben keinen Anteil am Vereinsvermögen.

6. Geschäftsjahr

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

B. Mitgliedschaft

7. Mitglieder

- (1) Der Verein besteht aus
 - a) Ehrenmitglieder
 - b) Aktive Mitglieder
 - c) Passive Mitglieder
- (2) Ehrenmitglied ist, wer vom Vorstand dazu ernannt ist. Zum Ehrenmitglied kann ernannt werden, der das 70. (siebzig) Lebensjahr vollendet hat und mindestens 20 Jahre aktives oder passives Mitglied war. Ausnahmen hiervon sind möglich. Hierüber entscheidet der Beirat.

Ein Rechtsanspruch auf Ernennung zum Ehrenmitglied besteht nicht.
- (3) Aktive Mitglieder sind diejenigen Musiker, die im Prohebuch des Orchestervorstandes eingetragen sind.

8. Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
- (2) Die Mitgliedschaft entsteht durch Eintritt in den Verein.
- (3) Die Beitrittserklärung ist schriftlich vorzulegen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Eintritt wird mit Aushändigung der Mitgliedskarte wirksam.
- (4) Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar.
- (5) Ein Aufnahmeanspruch als Mitglied des Vereins besteht nicht.

9. Aufnahmefolgen

- (1) Das Mitglied verpflichtet sich durch seinen Beitritt zur Anerkennung der Satzung.

10. Rechte der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder haben Anspruch darauf, die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse und getroffenen Anordnungen zu benutzen und an den Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
- (2) Alle Mitglieder genießen im übrigen alle Rechte, die sich aus der Satzung, insbesondere aus der Zweckbestimmung des Vereins, ergeben. Die voll geschäftsfähigen Mitglieder haben das aktive und passive Wahlrecht und gleiches Stimmrecht in der Mitgliederversammlung.

11. Pflichten der Mitglieder

- (1) Sämtliche Mitglieder haben die sich aus der Satzung, insbesondere aus der Zweckbestimmung des Vereins sich ergebenden Pflichten zu erfüllen. Sie sind verpflichtet, die musikalischen Bestrebungen und Interessen des Vereins nach Kräften zu unterstützen.
- (2) Die Mitglieder sind zur Befolgung der von den Vereinsorganen gefassten Beschlüsse und Anordnungen verpflichtet.

12. Austritt der Mitglieder

- (1) Das Mitglied ist zum Austritt aus dem Verein berechtigt.
- (2) Der Austritt ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig.
- (3) Der Austritt ist vom Vorstand schriftlich zu erklären.
- (4) Zur Einhaltung der Kündigungsfrist ist der rechtzeitige Zugang der Austrittserklärung an ein Mitglied des Vorstands erforderlich.

13. Ausschluss der Mitglieder

- (1) Die Mitgliedschaft endet außerdem durch Ausschluss.
- (2) Der Ausschluss aus dem Verein ist nur bei wichtigem Grund zulässig.
- (3) Auf Antrag eines Mitgliedes des Vorstandes entscheidet über den Ausschluss die Mitgliederversammlung.
- (4) Der Vorstand hat seinen Antrag auf Ausschluss dem auszuschließenden Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung mitzuteilen.
- (5) Eine schriftlich eingehende Stellungnahme des Mitglieds ist in der über den Ausschluss entscheidenden Versammlung zu verlesen.

(6) Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich durch eingeschriebenen Brief bekanntgegeben werden.

14. Streichung der Mitgliedschaft

(1) Ein Mitglied scheidet außerdem durch Streichung der Mitgliedschaft aus dem Verein aus.

(2) Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt, wenn das Mitglied mit einem Jahresbeitrag in Rückstand ist und dieser Betrag auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von 3 Monaten, von der Absendung der Mahnung an, voll entrichtet. Die Mahnung muss mit eingeschriebenem Brief an die letzte dem Verein bekannte Anschrift des Mitgliedes gerichtet sein.

(3) In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden.

(4) Die Mahnung ist auch wirksam, wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.

(5) Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt durch Beschluss des Vorstands, der dem betroffenen Mitglied nicht bekannt gemacht wird.

15. Mitgliedsbeitrag

(1) Aktive und passive Mitglieder leisten einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Geld. Seine Höhe bestimmt die Mitgliederversammlung.

(2) Mitglieder stellen ihre Arbeitskraft und persönlichen Fähigkeiten in angemessenem Umfang bei der anfallenden Vereinsarbeit zur Verfügung.

(3) Ehrenmitglieder sind beitragsfrei.

C. Organe des Vereins

16. Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

- a.) Der Vorstand
- b.) Der Beirat
- c.) Die Mitgliederversammlung

17. Vorstand

(1) Der Vorstand (§26 BGB) besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden und dem Schriftführer.

(2) Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.

- (3) Im Innenverhältnis ist der Schriftführer verpflichtet, das Vorstandsamt nur bei Verhinderung des 1. oder 2. Vorstandes auszuüben.
- (4) Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 3 Jahren bestellt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.
- (5) Das Amt eines Mitgliedes des Vorstandes endet mit seinem Ausscheiden aus dem Verein.
- (6) Verschiedene Vorstandsämter können nicht von einer Person vereinigt werden.
- (7) Vorstandssitzungen werden auf Antrag eines Vorstandmitgliedes einberufen.
- (8) Zu einer beschlussfähigen Vorstandssitzung müssen mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sein.
- (9) Der Vorstand darf über folgende Angelegenheiten nur mit Zustimmung des Beirates verfügen:
- a.) Rechtsgeschäfte über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.
 - b.) Aufnahme von Krediten
 - c.) Rechtsgeschäfte über 1000,00 €
 - d.) Personal- und Mitgliedsangelegenheiten
 - e.) Rechtsgeschäfte und Handlungen, deren Auswirkungen sich auf einen Zeitraum über mehr als drei Monate erstrecken.

Diese Bestimmung gilt nur für das Innenverhältnis, sie beschränkt die Vertretungsmacht des Vorstandes nicht.

18. Beirat

- (1) Der Beirat besteht aus:
- a.) dem 1. Vorsitzenden (Vorstand)
 - b.) dem 2. Vorsitzenden (Vorstand)
 - c.) dem Schriftführer (Vorstand)
 - d.) dem Kassierer
 - e.) dem Orchestervorstand
 - f.) vier aktive Mitglieder als Beisitzer
 - g.) drei passive Mitglieder als Beisitzer

- (2) Für den Beirat gelten die Bestimmungen des Abschnitt 17 Abs. 4 bis 6 sinngemäß.

- (3) Notwendig werdende Beiratssitzungen werden vom 1. Vorsitzenden oder auf Antrag von mindestens 2 Beiratsmitgliedern einberufen.
- (4) Zu einer beschlussfähigen Beiratssitzung müssen mindestens 7 Beiratsmitglieder anwesend sein.
- (5) Scheidet ein Mitglied des Beirates vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, so ist der 1. Vorsitzende befugt, bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung einen Nachfolger einzusetzen..
- (6) Der Kassierer führt unter persönlicher Verantwortung das gesamte Kassenwesen des Vereins und hat für die pünktlichen und ordnungsgemäßen Einzug der Vereinsbeträge zu sorgen.
- Auf Antrag des 1. Vorsitzenden oder von mindestens zwei Beiratsmitgliedern ist jederzeit Rechnung abzulegen.
- (7) Der Schriftführer besorgt die schriftlichen Angelegenheiten des Vereins und führt das Protokollbuch.
- (8) Die Beisitzer haben dem Vorstand mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sind zum Besuch der Beiratssitzungen verpflichtet.

19. Berufung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist zu berufen
- a.) wenn es das Interesse des Vereins erfordert, jedoch
 - b.) jährlich einmal, möglichst in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres.
- (2) In dem Jahr, in dem keine Vorstandswahl stattfindet, hat der Vorstand, der nach Buchstabe b) zu berufenen Versammlung einen Jahresbericht und eine Jahresabrechnung vorzulegen und die Versammlung über die Entlastung des Vorstands Beschluss zu fassen.

20. Form der Berufung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich oder durch Anzeige in der örtlichen Presse unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu berufen.
- (2) Die Berufung der Versammlung muss den Gegenstand der Beschlussfassung (=Tagesordnung) bezeichnen.
- (3) Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung oder Veröffentlichung der Einladung
- (4) Bei schriftlicher Einladung ist an die letzte bekannte Mitgliederanschrift zu adressieren.
- (5) Anträge zur Tagesordnung sind spätestens eine Woche vor der Versammlung bei einem Vorstandsmitglied schriftlich mit kurzer Begründung einzureichen.
- (6) Werden Anträge form- und fristlos in der Mitgliederversammlung gestellt, ist der Versammlungsleiter berechtigt, diese zurückzuweisen.

21. Beschlussfähigkeit

- (1) Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß berufene Mitgliederversammlung
- (2) Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Vereinsmitglieder erforderlich.
- (3) Ist eine zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins einberufene Mitgliederversammlung nach Absatz 2 nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von 4 Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen.
- (4) Die Einladung zu der weiteren Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit (Absatz 5) zu enthalten.
- (5) Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder beschlussfähig.

22. Beschlussfassung

- (1) Es wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens 5 der anwesenden Mitglieder ist schriftlich und geheim abzustimmen.
- (2) Sofern das Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmen, erfolgt die Beschlussfassung mit einfacher Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Versammlungsleiter.
- (3) Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
- (4) Zur Änderung des Zwecks des Vereins (2 der Satzung) ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
- (5) Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist eine Mehrheit von vier fünftel der erschienenen Mitglieder erforderlich.

23. Beurkundung der Versammlungsbeschlüsse

- (1) Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen.
- (2) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter die ganze Niederschrift.
- (3) Jedes Vereinsmitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

24. Kassenprüfer

- (1) Die Kontrolle der Rechnungsführung obliegt den von der Mitgliederversammlung dazu bestimmten zwei Kassenprüfern. Diese geben dem Vorstand Kenntnis von dem jeweiligen Ergebnis ihrer Prüfung und erstatten der Mitgliederversammlung Bericht.

(2) Die Kassenprüfer dürfen dem Vorstand und Beirat nicht angehören.

D. Sonstiges

25. Datenschutz

Der Verein erhebt, verarbeitet oder nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder und sonstiger Personen unter Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung oder herkömmlicher Karteikarten. Der Umgang mit diesen schutzwürdigen Daten regelt eine Datenschutzordnung. Der Vorstand hat dafür Sorge zu tragen, dass diese jeweils den entsprechenden Vorschriften entspricht.

E. Schlussbestimmung

26. Auflösung des Vereins

(1) Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung (vgl. Nr. 22 Abs.5 der Satzung) aufgelöst werden.

(2) Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand (Nr.17 der Satzung).

27. Verwendung des Vereinsvermögens bei Auflösung

(1) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Offenburg bzw. Ortsverwaltung Zunsweier, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Offenburg-Zunsweier, den 15. März 2014

Rechtsverbindlich ist jeweils die beim zuständigen Registergericht hinterlegte Fassung.